

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Planen und Bauen	Datum 05.06.2009
	Schriftführung Telefon-Nr. Friedhelm Assmann 02202/141428
Niederschrift	
Planungsausschuss	Sitzung am Donnerstag, 4. Juni 2009
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 19:35 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigelegtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Planungsausschusses am 21.04.2009**
212/2009
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6. Mitteilungsvorlage zum städtebaulichen Projekt stadt :gestalten im Rahmen der Regionale 2010**
 - a) Akteursbeteiligung**
 - b) Sachstand Wettbewerb West**
 - c) Städtebauliches Rahmenkonzept Ost**
 - d) Sachstand Wettbewerb Ost***213/2009*

7. **Bebauungsplan Nr. 21/3 - Paffrath - 1. Vereinfachte Änderung der 2. Änderung**
- **Beschluss zur Aufstellung**
- **Beschluss zur öffentlichen Auslegung**
216/2009
8. **Bebauungsplan Nr. 1255 - Hufer Weg - 2. vereinfachte Änderung**
- **Beschluss zur Aufstellung**
- **Beschluss zur öffentlichen Auslegung**
217/2009
9. **Bebauungsplan Nr. 2433 - Tannenbergstraße -**
- **Beschluss zur Aufstellung**
- **Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**
- **Beschluss zur öffentlichen Auslegung**
218/2009
10. **Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4331 - Oberkülheim -**
- **Beschluss zur Aufstellung**
219/2009
11. **Bebauungspläne Nr. 52a und 52b - Schlosstraße -**
- **Beschluss zur Aufhebung**
- **Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**
220/2009
12. **Antrag der CDU Fraktion vom 18.05.2009 auf Erweiterung der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 3113 Romaney - Siefen**
215/2009
13. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil**
2. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Der Ausschussvorsitzende, Herr Albrecht, eröffnet die Sitzung und stellt die rechtzeitige und ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Planungsausschusses fest.

2. <-@ Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

@->

Frau Hammelrath wiederholt ihre unter TOP 18 gestellte Anfrage, ob die Verwaltung gedenke, den Zeitungsredakteur darauf hinzuweisen, dass ihre Aussagen zum Thema Bebauungsplan Vinzenz-Pallotti-Straße in der Presse nicht richtig wiedergegeben wurden.

Obwohl er sich kaum Erfolg ausrechnet, sagt Herr Schmickler zu, dies gegenüber dem entsprechenden Redakteur richtig zu stellen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. <-@ Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Planungsausschusses am 21.04.2009

@->

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

4. <-@ Mitteilungen des Vorsitzenden

@->

Keine

5. <-@ Mitteilungen des Bürgermeisters

@->

Herr Schmickler erklärt, dass die Verwaltung ihre Vorlagen zu den TOP 7 und 8 zurückziehe, da der vorgeschlagene Verfahrensweg nach neuesten Erkenntnissen rechtliche Risiken berge. Es ist vorgesehen, in der nächsten Sitzung des Planungsausschusses einen juristisch abgesicherten Verfahrensvorschlag zu unterbreiten. Auf Anfrage von Frau Hammelrath ergänzt Herr Schmickler, dass Aussagen über den einzuschlagenden Verfahrensweg erst nach Abschluss der juristischen Prüfung gemacht werden können.

Herr Lang plädiert dafür, beide Punkte heute zu diskutieren und nicht zu vertagen. Er würde im Rahmen der Behandlung beider Punkte gerne erfahren, von welcher neuesten Rechtsprechung hier die Rede ist und wann und auf welchem Wege die Verwaltung davon erfahren habe.

Nach Auffassung von Herrn Lang sei die Verwaltung nicht befugt, Tagesordnungspunkte zurück zu ziehen.

Herr Schmickler macht deutlich, dass die Verwaltung lediglich ihre Vorlagen zu den beiden Tagesordnungspunkten zurückziehe, was sehr wohl in ihrer Befugnis liege.

Frau Graner kann die rechtlichen Bedenken der Verwaltung gut nachvollziehen und hält es nicht für sinnvoll, heute über beide Punkte zu diskutieren.

Auch Herr Sprenger ist damit einverstanden, dass die Verwaltung ihre Vorlagen zurückzieht. Er bittet allerdings darum, dass die Fraktionen frühzeitig vor der nächsten Ausschusssitzung über aktuelle Erkenntnisse informiert werden.

<-@

6. **Mitteilungsvorlage zum städtebaulichen Projekt stadt :gestalten im Rahmen der Regionale 2010**

a) Akteursbeteiligung

b) Sachstand Wettbewerb West

c) Städtebauliches Rahmenkonzept Ost

d) Sachstand Wettbewerb Ost

@->

Herr Krause und Herr Horst erläutern die schriftliche Vorlage ausführlich anhand von Plänen, Schaubildern und Fotos.

Frau Müller-Veit ergänzt, dass über die Verkehrsthematik (ruhender und fließender Verkehr in der Innenstadt) im Rahmen einer gemeinsamen Sondersitzung des AUIV und des Planungsausschusses sowie im Hauptausschuss am 18.06.2009 beraten werde.

Herr Dr. Baeumle-Courth begrüßt die vorgestellten Konzepte, bittet jedoch für das weitere Verfahren um die Berücksichtigung folgender Aspekte:

- Rückkopplung mit allen betroffenen Grundstückseigentümern bzw. Geschäftsinhabern nicht vernachlässigen,
- Klimaaspekte – insbesondere bei Fragen der Begrünung und Versiegelung – nicht vernachlässigen,
- sinnvolle Ergänzung des Fahrradwegnetzes und Einplanung von Fahrradabstellplätzen an den Eingängen zur Fußgängerzone,
- Einbeziehung der Möglichkeit privater Parkraumbewirtschaftung,
- Einbeziehung von Natur- und Umweltschutzverbänden in die Akteursgesprä-

- che,
- Vorausschauende Reservierung von Trassen für die sich in Planung befindliche Nahwärmeversorgung von M-Real Zanders.

Frau Neuheuser-Königs hält es nicht für sinnvoll, Radwege lediglich entlang der Strunde zu führen. Sie spricht sich ebenfalls für eine durchgängige, schnelle Ost-West Verbindung mit Anbindung des S-Bahnhofes aus.

Frau Graner bedankt sich bei der Verwaltung für die sorgfältige Arbeit und begrüßt, dass zuerst ein Gesamtstrukturkonzept für die Stadtmitte erarbeitet werde, bevor Detailplanungen betrieben werden.

Herr Kraus vermisst bei der vorgestellten Planung Stellplatzflächen für Großfahrzeuge (u.a. Anlieferverkehr und Marktbeschicker). Darüber hinaus hält er es für fraglich, ob die vorgesehene Unterbringung von Stellplätzen in der Tiefgarage finanzierbar sei.

Auch für Herrn Lang stellt sich die Frage der Finanzierbarkeit des gesamten Konzeptes stadt :gestalten. Eventuell seien die Ziele auch mit geringerem, preisgünstigerem Aufwand zu erreichen. Herrn Lang fehlen zudem Informationen, inwieweit die neue Schaffung von Grünland bzw. die Entwicklung neuer Bauflächen zu Lasten von Stellplatz- und Kirmesflächen möglich und sinnvoll sei.

Aus Gründen der Verkehrssicherheit lehnt Herr Lang eine Radwegeführung in der Fußgängerzone ab.

Frau Hammelrath begrüßt, dass für die Innenstadtentwicklung Visionen entwickelt werden. Daher solle man sich derzeit nicht davon abschrecken lassen, dass sich evtl. später einige Lösungen als nicht finanzierbar erweisen.

Frau Bilo teilt diese Auffassung. Sie plädiert - in Abhängigkeit der Finanzierbarkeit - für eine stufenweise Realisierung der Planungen.

Bezug nehmend auf die Finanzierbarkeit des Projektes verweist Frau Müller-Veit auf den vom Rat der Stadt - zusammen mit dem Memorandum zum Projekt stadt :gestalten - beschlossenen und vom Land NRW akzeptierten Zeit-/Maßnahmen-/Finanzierungsplan als Voraussetzung für die bewilligten Städtebaufördermittel.

- <-@
7. **Bebauungsplan Nr. 21/3 - Paffrath - 1. Vereinfachte Änderung der 2. Änderung**
- Beschluss zur Aufstellung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung

@->

Die Verwaltung hat ihre Vorlage zu diesem Punkt zurückgezogen (siehe TOP 5 - Mitteilung des Bürgermeisters).

- <-@
8. **Bebauungsplan Nr. 1255 - Hufer Weg - 2. vereinfachte Änderung**
- Beschluss zur Aufstellung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung

@->

Die Verwaltung hat ihre Vorlage zu diesem Punkt zurückgezogen (siehe TOP 5 - Mitteilung des Bürgermeisters).

<-@

9. **Bebauungsplan Nr. 2433 - Tannenbergsstraße -**
- Beschluss zur Aufstellung
- Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung

@->

Herr Krause erläutert die überarbeitete Straßenplanung als Ersatz für den bestehenden Bahnübergang Tannenbergsstraße ausführlich anhand von Plänen und Skizzen. Er macht deutlich, dass die vorgestellte Verkehrsführung aufgrund der gescheiterten Grundstücksverhandlungen mit dem Eigentümer des Fachmarktes an der Kalkstraße notwendig sei.

Frau Hammelrath bedauert zwar, dass mit dem Grundstückseigentümer keine Einigung erzielt werden konnte, akzeptiert aber die vorgeschlagene Alternativlösung.

Herr Dr. Baeumle-Courth verweist im Zusammenhang mit der in der Vorlage dargestellten Netzplanung auf die Wichtigkeit der in der 3. Baustufe vorgesehenen Anbindung an den Refrather Weg. Eine Trassenführung auf dem alten Bahndamm wird von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN allerdings abgelehnt. Unabhängig von einer Inanspruchnahme der alten Bahndammtrasse sei es evtl. möglich, durch Inanspruchnahme des Grundstücks nördlich von ROPLASTO eine Umplanung des Gronauer Kreisels vorzunehmen und somit den Refrather Weg mit der Mülheimer Straße zu verbinden.

Frau Neuheuser-Königs begrüßt die überarbeitete Planung angesichts der unbefriedigenden Verhandlungsergebnisse und der erschwerten Voraussetzungen.

Auch Herr Sprenger teilt mit, dass die CDU Fraktion den Verwaltungsvorschlägen zustimmen werde.

Frau Graner bedauert die unbefriedigende Streckenführung, die aus den gescheiterten Grundstücksverhandlungen resultiere. Die vorgeschlagene überarbeitete Alternativlösung findet unter den gegebenen Umständen allerdings auch die Zustimmung der FDP Fraktion.

Herr Lang bedauert, dass die heute in der Sitzung vorgestellten farbigen Skizzen nicht schon Bestandteil der schriftlichen Verwaltungsvorlage waren.

Auf Anfrage von Herrn Lang macht Herr Schmickler deutlich, dass die Bahnunterführung hauptsächlich im Interesse der Stadt betrieben werde, um die Innenstadt zu entlasten und die benachbarten Gewerbebetriebe besser zu erschließen. Er weist darauf hin, dass die Kosten entsprechend dem Eisenbahnkreuzungsgesetz zu je einem Drittel von der Stadt, dem Bund und der Deutschen Bahn AG zu tragen sind. Aufgrund der Zuschüsse nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) reduziere sich der städtische Eigenanteil allerdings letztendlich auf ca. 10% der Gesamtkosten.

Der Ausschuss fasst sodann folgende

Beschlüsse: (einstimmig bei einer Enthaltung der BfBB)

- I. Gemäß § 2 in Verbindung mit den §§ 8 ff Baugesetzbuch ist der Bebauungsplan Nr. 2433 – Tannenbergstraße – als verbindlicher Bauleitplan im Sinne von § 30 Abs. 1 Baugesetzbuch (qualifizierter Bebauungsplan) aufzustellen.

Der Bebauungsplan betrifft den Bahnübergang Tannenbergstraße und dessen Ersatz durch eine Bahnunterführung. Der Bebauungsplan setzt die genauen Grenzen seines räumlichen Geltungsbereiches fest (§ 9 Abs. 7 Baugesetzbuch).

- II. Der Bebauungsplan Nr. 2433 – Tannenbergstraße – ist unter Beifügung der Begründung und den bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch für die Dauer eines Monats öffentlich auszuliegen.

10. <-@
**Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4331 - Oberkülheim -
- Beschluss zur Aufstellung**

@->

Frau Hammelrath kritisiert die Verwaltungsvorlage, insbesondere das Fehlen eines Beschlussvorschlages. Sie halte es zudem für unverständlich, falls die CDU Fraktion entgegen der bisherigen Beschlusslage nunmehr einer Einbeziehung der beiden fraglichen Flächen in das Gebiet der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung zustimmen würde.

Herr Sprenger beantragt die Vertagung dieses Punktes mit der Begründung, die Thematik - Bebaubarkeit der verschiedenen Grundstücksflächen - zunächst im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes zu prüfen und zu beraten.

Herr Dr. Baumele-Courth wiederholt seine Ablehnung gegen die Ergänzungssatzung und schlägt vor, heute einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Auch Herr Lang spricht sich gegen eine Erweiterung der Splittersiedlung aus.

Sodann lässt Herr Albrecht über den Vertagungsantrag der CDU Fraktion abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der KIDinitiative und der FDP Fraktion bei Enthaltung der SPD Fraktion)

Die Beschlussfassung über die Vorbereitung der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4331 – Oberkülheim – wird vertagt.

11. <-@
**Bebauungspläne Nr. 52a und 52b - Schlossstraße -
- Beschluss zur Aufhebung
- Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**

@->

Herr Krause erläutert die schriftliche Vorlage anhand von Plänen. Er verdeutlicht dabei anhand der teilweise überschneidenden und sich widersprechenden Bebauungspläne die Schwierigkeiten bei der Festlegung der Beurteilungsgrundlage für ein aktuelles Bauvorhaben. Im Rahmen des Aufhebungsverfahrens der beiden alten Bebauungspläne sei zu prüfen, ob sich eine städtebauliche Ordnung anhand einer Beurteilung von Bauvorhaben nach § 34 BauGB verwirklichen lassen oder ob dazu ein neuer Aufstellungsbeschluss sinnvoll sei. Die Verwaltung schlägt dazu vor, die Anregungen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung und die Ergebnisse der Rahmenplanung Bensberg abzuwarten, bevor man über die Neuaufstellung eines Bebauungsplanes entscheide.

Frau Graner teilt mit, dass die FDP Fraktion unter der Voraussetzung eines neuen Aufstellungsbeschlusses der Aufhebung der beiden Bebauungspläne zustimmen werde. Eine Beurteilung von Bauvorhaben nach § 34 BauGB werde nicht akzeptiert. Sie beantragt daher, gleichzeitig mit den Aufhebungsbeschlüssen einen neuen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan zu fassen.

Frau Hammelrath teilt mit, dass die SPD Fraktion auf einen Aufstellungsbeschluss verzichte, wenn die Verwaltung zusagt, dass der Ausschuss rechtzeitig vor Genehmigungen nach § 34 BauGB in diesem Bereich informiert werde.

Herr Sprenger könnte sich mit dieser Lösung einverstanden erklären, wenn die Verwaltung eine entsprechende verbindliche Zusage trifft.

Frau Müller-Veit sagt zu, dass der Ausschuss vor entsprechenden Erteilungen von Baugenehmigungen unterrichtet werde, falls dies gewünscht sei.

Nach Auffassung von Herrn Lang sei die Aufhebung eines Bebauungsplanes, also einer Ortssatzung, vom Rat und nicht vom Planungsausschuss zu beschließen. Darüber hinaus sei fraglich, welche rechtlichen Folgen sich während des Aufhebungsverfahrens bzw. nach der Aufhebung der Altpläne ergeben könnten.

Herr Krause macht deutlich, dass heute keine vom Rat zu beschließender Satzungsbeschluss zur Entscheidung anstehe, sondern lediglich die Einleitung von Aufhebungsverfahren. Darüber hinaus weist Herr Krause darauf hin, dass je nach Erfordernis jederzeit ein Aufstellungsverfahren für einen neuen Bebauungsplan eingeleitet werden könne.

Frau Graner stellt fest, dass ohne einen Bebauungsplan keine Möglichkeit bestehe, unerwünschte, aber von § 34 BauGB abgedeckte Bauwünsche zu unterbinden.

Nach Auffassung von Frau Bilo sei es möglich, mittels einer Veränderungssperre unerwünschte Bauvorhaben zu verhindern.

Um Verzögerungen sinnvoller Investitionen in dem betreffenden Gebiet zu vermeiden, plädiert Frau Hammelrath dafür, bis auf weiteres auf einen Aufstellungsbeschluss zu verzichten.

Herr Schmickler stimmt diesen Ausführungen zu und bekräftigt nochmals, dass auf

Wunsch Baupläne vor deren Genehmigung im Ausschuss vorgestellt werden.

Herr Dr. Baeumle-Courth teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN den Verwaltungsvorschlägen zustimmen werde.

Sodann lässt Herr Albrecht über den FDP Antrag zur Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP, der KIDinitiative und der BfBB bei Enthaltungen aus der CDU Fraktion)

Der Antrag wird abgelehnt.

Sodann lässt Herr Albrecht über die Beschlussvorschläge der Verwaltung abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgende

Beschlüsse: (einstimmig)

- I. Der Planungsausschuss der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB, das Verfahren für die Aufhebung der Bebauungspläne Nr. 52a und Nr. 52b – Schloßstraße – einzuleiten.
- II. Der Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mittels Aushang für die Aufhebung der Bebauungspläne Nr. 52a und Nr. 52b – Schloßstraße –.

12. <-@
Antrag der CDU Fraktion vom 18.05.2009 auf Erweiterung der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 3113 Romaney - Siefen

@->

Herr Sprenger beantragt, die Diskussion über den Ortsteil Siefen im Verfahren zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes zu führen und heute zurückzustellen.

Herr Dr. Baeumle-Courth spricht sich stattdessen dafür aus, den Antrag heute zurückzuweisen.

Sodann lässt Herr Albrecht über den Vertagungsantrag abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU Fraktion bei Enthaltung der BfBB)

Die Vertagung wird abgelehnt.

Sodann lässt Herr Albrecht über den Antrag der CDU Fraktion abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen 3 Stimmen der CDU Fraktion bei 2 Enthaltungen)

Der Antrag auf Fortsetzung des Satzungsverfahrens der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 3113 - Romaney – Siefen wird abgelehnt.

<-@

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

@->

Herr Lang verliest einen Fragenkatalog zum „Mediterrana“, den er auch in schriftlicher Form der Verwaltung übergibt. Er bittet um schriftliche Beantwortung.

Frau Hammelrath bittet um schriftliche Beantwortung folgender Anfragen:

- 1.) Ist es richtig, dass im Rahmen einer Umlegung im Bereich der Vinzenz-Pallotti-Straße eine Legalisierung von z.B. Baugrenzüberschreitungen möglich gewesen wäre?
- 2.) Der kleine Schießstand sollte eigentlich beseitigt werden, sobald der große Schießstand genehmigt sei. Es sei nun allerdings festzustellen, dass auch der kleine Schießstand erweitert wurde. Hat die Verwaltung die Aussage geprüft, dass an dem kleinen Schießstand seit 30 Jahren keine wesentlichen Veränderungen vorgenommen wurden?
- 3.) Ist es möglich, dass die Probleme im Bebauungsplangebiet „Vinzenz-Pallotti-Straße“ nur durch passiven Lärmschutz zu beseitigen sind?
- 4.) Warum bekomme ich, wenn ich eine Anfrage direkt an ihn richte, keine Antwort vom Stadtbaurat, sondern von einer Mitarbeiterin?
- 5.) Ist es richtig, dass ein Bauvorhaben in zweiter Reihe an der Schulstraße in Sand nur dann realisiert werden kann, wenn eine Nachbarin Teile ihres Grundstücks abtritt?
Wie beabsichtigt die Verwaltung mit dieser Angelegenheit umzugehen?

Herr Albrecht schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:30 Uhr.

<-@